

## **Stadt prüft Rückkauf des Wassernetzes von der EnBW**

**OB will Vorkaufsrecht vereinbaren - SPD und Grüne warnen vor Privatisierung und steigenden Preisen**

**Stuttgart erwägt den Rückkauf des Wasserleitungsnetzes von der EnBW. Grund dafür sind Gesetzes-änderungen. Sie könnten dazu führen, dass die Wasserversorgung bald europaweit ausgeschrieben werden muss. SPD und Grüne im Gemeinderat fordern den Wiedereinstieg der Stadt bei den Wasserzweckverbänden.**

2002 verkaufte die Landeshauptstadt ihre Neckarwerke-Aktien (NWS) und damit auch die komplette Wasser-, Gas- und Strom-Infrastruktur an die Energie Baden-Württemberg (EnBW). 1,627 Milliarden Euro flossen dafür in die Stadtkasse. Seit dem Handel fordert die Bürgerinitiative Wasserforum den Rückkauf des Wasserleitungsnetzes. Die Sozialdemokraten und jüngst die Grünen im Gemeinderat machen ebenfalls Druck und wollen **noch vor der Kommunalwahl am 7. Juni eine Grundsatzentscheidung** herbeiführen.

Die Befürworter eines Rückkaufs verweisen auf Änderungen beim Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen und mögliche Änderungen von EU-Gesetzen. Diese könnten dazu zwingen, Versorgungsleistungen künftig europaweit ausschreiben zu müssen. X-beliebige Firmen könnten sich einkaufen und die Wasserversorgung als reines Renditeobjekt verstehen, befürchten SPD und Grüne. Darunter könnte mittelfristig die Qualität der Infrastruktur leiden.

Heute muss ein neuer Konzessionsvertrag, der die Erlaubnis zur Versorgung für maximal 20 Jahre festschreibt, lediglich öffentlich angezeigt werden. Die Kommunen sind in ihrer Auswahl frei. Künftig müsste eventuell der günstigste Bieter genommen werden. Damit kein Missverständnis aufkommt: Der Günstigste wäre der, der der Stadt die höchste Konzessionsabgabe zahlt und nicht der, der den günstigsten Trinkwasserpreis für den Bürger bietet. Würde das Netz der Stadt gehören, wäre angeblich auch künftig keine Ausschreibung nötig.

**"Wir sind die einzige Großstadt in Deutschland, die ihre Wasserversorgung komplett verkauft hat"**, bedauert SPD-Fraktionschef Manfred Kanzleiter den Gemeinderatsbeschluss zum Aktienverkauf aus dem Jahr 2002. Die SPD will den Rückkauf geklärt haben. Sie denkt an die Neugründung eines Stadtwerkes.

Mit dem Rückkauf würde die Stadt auch wieder ihre 2002 an die EnBW abgegebenen Anteile an der Landes- und Bodensee-Wasserversorgung erhalten. Die Zweckverbände sind heute durch die EnBW-Mitgliedschaft nach EU-Vergaberecht Mischunternehmen. Damit drohen laut SPD und Grünen bald erhebliche Probleme mit dem EU-Vergaberecht. **Die Zweckverbände, so ihre Befürchtung, könnten verpflichtet sein, die Versorgung europaweit auszuschreiben.**

Bei einem privaten Betreiber drohen für die zurzeit ohne Gewinnerzielungsabsicht arbeitenden Zweckverbände die gleichen Gefahren wie im Falle der Landeshauptstadt, nämlich steigende Wasserpreise und schleichender Qualitätsverlust im Netz.

Die Landeshauptstadt hat 2008 den ehemaligen Leiter ihres Steueramtes, **Rolf Horenburg, mit der Prüfung der Materie beauftragt**. "Mit den Gesetzesänderungen stehen rechtliche Entwicklungen an, die Gefahren bergen. Das lässt sich nicht leugnen", sagt der Jurist. Die Stadt werde sich dazu "sicher 2009 positionieren". Was er der Verwaltung empfiehlt, behält Horenburg für sich.

"Es gibt keine Veranlassung, in Panik auszubrechen", sagt Uwe Winkler, der das Regionalzentrum der EnBW in Stuttgart leitet. "Unsere Juristen sehen die Problematik so nicht", wendet sich Winkler gegen die Schilderungen von SPD und Grünen. Winkler verweist darauf, dass das 2500 Kilometer lange Leitungsnetz, Hochbehälter und Steuerungsanlagen eine "gigantische Infrastruktur" mit hohem Wert darstellen. **Den Buchwert will er nicht nennen, er liege aber deutlich "über 200 Millionen Euro"**, baut der Ingenieur Begehrlichkeiten der Stadt vor. Beim Verkauf 2002 waren die Anlagen laut OB Wolfgang Schuster nach dem **Ertragswertverfahren, also wohl deutlich günstiger bewertet** worden.

Die EnBW verstehe sich als Partner der Stadt, sagt Winkler. Wolle Stuttgart sich zum Beispiel ein Vorkaufsrecht auf die Anlagen sichern, "könnte die Stadt ja mal bei uns anfragen", gibt der 49-Jährige einen deutlichen Hinweis.

Nach Informationen dieser Zeitung will OB Wolfgang Schuster (CDU) dem Gemeinderat tatsächlich vorschlagen, mit der EnBW ein Vorkaufsrecht zu vereinbaren. Die Genossen im Gemeinderat wittern darin allerdings einen Winkelzug des OB, der Geld lieber in die schwächelnde Landesbank (LBBW) pumpen wolle. **Rein taktische Spiele, warnt Kanzleiter, werde die SPD nicht mittragen.**

Kommentar zu dem obigen Artikel in der STN vom 28.01.09:

Das Stuttgarter Wasserforum begrüßt, dass zuerst die SPD Gemeinderatsfraktion und jetzt auch die Gemeinderatsfraktion B'90 / DIE GRÜNEN die drohenden Probleme mit unserer Wasserversorgung erkannt haben.

### **Deshalb der Vorschlag vom Stuttgarter Wasserforum an alle Mitglieder im Gemeinderat:**

Die Gemeinderatsfraktionen werden aufgefordert, den **Rückkauf des Wasserversorgungsbetriebes** der Stadt mitsamt den Beteiligungen an den Zweckverbänden LW und BWV von der EnBW AG **sofort** zu beantragen.

Die Gemeinderatsfraktionen werden aufgefordert, als zukünftige Unternehmensform für die Wasserversorgung einen **Eigenbetrieb** der Stadt vorzuschlagen.

Die Gemeinderatsfraktionen werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der städtische Abwasserbetrieb (**SES**) **weiterhin als Eigenbetrieb** in städtischer Hand bleibt.

Die Gemeinderatsfraktionen werden aufgefordert, beim Auslaufen der Konzessionsverträge zwischen Stuttgart und der EnBW AG, das **Stromnetz und Gasnetz im Stadtgebiet** zurückzukaufen.

**Wasser-, Strom- und Gasversorgung sowie Abwasserentsorgung gehören in kommunale Hand!**

[www.s-wasserforum.de](http://www.s-wasserforum.de)